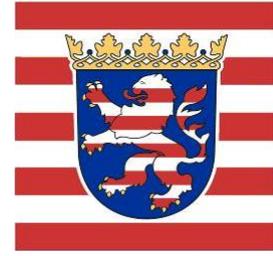




HESSEN



Bericht aus Brüssel

12/2025 vom 06.06.2025

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-Mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Wirtschaft.....	3
Verkehr.....	6
Energie.....	6
Digital.....	7
Forschung.....	8
Finanzen.....	9
Gesundheit und Verbraucherschutz	10
Landwirtschaft und Umwelt.....	10
Justiz.....	12
Inneres.....	13
Vorschau.....	15

Kommission; Neue EU-Strategie für den Schwarzmeerraum

Am 28.05.2025 hat die Kommission eine neue EU-Strategie für einen stabilen und sicheren Schwarzmeerraum vorgestellt. Die EU plant laut Kommission mit dieser Strategie, auch vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine die geopolitische Rolle der EU als verlässlicher Akteur im Schwarzmeerraum zu stärken. Die Strategie zielt darauf ab, Verbindungen und Wachstum zu fördern, indem Europa mit dem Südkaukasus, Zentralasien und darüber hinaus verbunden wird. Die EU plant hierbei eine engere Zusammenarbeit mit der Ukraine, der Republik Moldau, Georgien, der Türkei, Armenien und Aserbaidschan aufzubauen und die regionale Zusammenarbeit im Bereich der Konnektivität voranzutreiben. Die künftige Zusammenarbeit mit der Schwarzmeerregion soll folgende Bereiche umfassen: Verbesserung von Sicherheit, Stabilität und Resilienz; Förderung von nachhaltigem Wachstum und Wohlstand und Förderung des Umweltschutzes, der Widerstandsfähigkeit und Vorsorge gegen den Klimawandel sowie des Katastrophenschutzes.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_1348

Kommission; EU-Unterstützung für Syrien

Die Kommission stellte am 05.06.2025 ihren Vorschlag zur Unterstützung für die soziale und wirtschaftliche Erholung von Syrien in Höhe von 175 Mio. EUR vor. Mit dieser neuen EU-Finanzierung sollen laut Kommission die öffentlichen Einrichtungen Syriens sowie Maßnahmen in den Bereichen Energie, Bildung, Gesundheit, Lebensunterhalt und Landwirtschaft unterstützt werden. Weitere Unterstützung soll die Übergangsgerechtigkeit einschließlich der Mittel zur Bekämpfung der Straflosigkeit, insbesondere durch Unterstützung der Menschenrechte und der Vermisstenakte, erhalten. Darüber hinaus setzt sich die Kommission aktiv für die Integration Syriens in mehrere Schlüsselinitiativen mit ihren Partnerländern im Mittelmeerraum ein. Dazu gehören das Programm Erasmus+ und der bevorstehende neue Pakt für den Mittelmeerraum, mit dem die Kooperation und Zusammenarbeit in der Region gestärkt werden soll.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_1406

Wirtschaft

Kommission; Vorlage des achten Berichts zur blauen EU-Wirtschaft

Am 22.05.2025 hat der Kommissar für Fischerei und Ozeane, Costas Kadis, den achten Bericht zur blauen EU-Wirtschaft vorgelegt. In dem Bericht werden laut Kommission die wichtigsten Trends und Entwicklungen in den wirtschaftlichen Sektoren auf, im und rund um den Ozean dargestellt. Hauptziel des Berichts sei es, die Förderung des Wachstums ozeanbasierter und maritimer Märkte sowie die nachhaltige Nutzung der Küsten- und Meeresressourcen zu unterstützen. Die Sektoren der blauen Wirtschaft spielten eine wichtige Rolle zur Erreichung der Prioritäten der Kommission, die EU wettbewerbsfähiger, nachhaltiger, widerstandsfähiger und sicherer zu machen. Die blaue Wirtschaft beschäftigt laut Kommission in der EU fast 5 Mio. Menschen.

https://oceans-and-fisheries.ec.europa.eu/ocean/blue-economy_en

Rat; Tagung des Wettbewerbsfähigkeitsrats in der Formation Binnenmarkt und Industrie

Am 22.05.2025 tagte der Wettbewerbsrat zu Binnenmarkt- und Industriethemen. Der Rat verabschiedete eine allgemeine Ausrichtung zur „Verordnung über eine mit dem Binnenmarktinformationssystem verbundene öffentliche Schnittstelle für die Erklärung über die Entsendung von Arbeitnehmern“. Anschließend fand eine Orientierungsaussprache zum Thema „Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit – bessere Ausrichtung der EU-Politik auf traditionell starke Industrien“ statt. Es folgte eine Orientierungsaussprache zum Thema „Öffentlicher Auftragsvergaben – strategische Ziele und weiteres Vorgehen“, sowie eine weitere Orientierungsaussprache bezüglich der Steigerung des Rates als „Bürokratiefilter – wie während des Gesetzgebungsverfahrens von Anfang an unternehmensfreundliche Vorschriften erreicht werden können“. Alle Mitgliedstaaten vertraten laut Rat die Auffassung, dass die Verbesserung der Rechtsetzung und die Vereinfachung der Verfahren für alle europäischen Institutionen gleichermaßen Prioritäten sein sollten. Überdies stellte der Exekutivvizepräsident der EU-Kommission, Stéphane Séjourné, die neue Binnenmarktstrategie vor (vgl. BaB 11/2025) und es fand laut Rat dazu ein Meinungsaustausch statt, in der alle Mitgliedstaaten die Strategie grundsätzlich begrüßten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/compet/2025/05/22/>

Rat; Tagung des Wettbewerbsfähigkeitsrats in der Formation Weltraum

Am 23.05.2025 tagte der Weltraumrat und verabschiedete u.a. Ratsschlussfolgerungen zur Verwendung von Satellitendaten aus Erdbeobachtungskonstellationen. In den Schlussfolgerungen wird u.a. die Bedeutung der Erdbeobachtung und anderer Weltraumdaten für die Resilienz und Krisenvorsorge hervorgehoben. Zudem wird auch die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit und die Nutzung aller verfügbaren Satellitendaten hervorgehoben um dem Klimawandel, aber auch alle Katastrophen und Krisen, die Auswirkungen haben auf die europäische und globale Sicherheit besser zu bewältigen. Laut Rat wird der Einsatz von KI und anderer Technologien für eine bessere Datenverarbeitung eine immer wichtigere Rolle einnehmen. Zudem fand ein Gedankenaustausch zu weltraumgestützten Daten zur Stärkung der Resilienz, der Sicherheit und der Krisenbewältigung statt.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9288-2025-INIT/en/pdf>

Kommission; Aufnahme von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Vereinigten Arabischen Emiraten

Die EU und die Vereinigten Arabischen Emirate haben am 28.05.2025 offiziell Verhandlungen über ein bilaterales Freihandelsabkommen aufgenommen. Der Warenhandel zwischen der EU und dem Vereinigten Arabischen Emirat beläuft sich auf etwa 55 Mrd. EUR, womit sie der 19. größte Handelspartner der EU sind. Die EU-Ausfuhren in die Vereinigten Arabische Emirate sind seit 2019 um mehr als 48% gestiegen. Die ersten Sitzungen der Verhandlungsteams sollen sich insbesondere auf die Senkung der Zölle auf Waren und die Erleichterung von Dienstleistungen, digitalen Handel und Investitionsströme konzentrieren.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_1252

Kommission; Vorlage der EU-StartUp- und ScaleUp-Strategie

Die Kommission hat am 28.05.2025 die neue EU-StartUp- und ScaleUp-Strategie „Choose Europe to Start and Scale“ vorgelegt. Die Kommission konzentriert sich dabei auf fünf Aufgabenfelder und untersetzt diese jeweils mit konkreten Vorschlägen für künftige Aktionen: Erstens soll ein innovationsfreundliches Umfeld gefördert werden.

Zweitens sollen die o.a. Unternehmen von besserer Finanzierung profitieren sowie von einem größeren und stärker integrierten EU-Risikokapitalmarkt und einer stärkeren Einbeziehung europäischer institutioneller Investoren. Drittens soll die Marktakzeptanz- und Expansion von Start-ups und Scale-ups gefördert werden. Viertens sollen Top-Talente gewonnen und besser gebunden werden. Fünftens will die Kommission zur Erleichterung des Zugangs zu Infrastruktur, Netzen, und Diensten für Start-ups und Scale-ups beitragen und schlägt u.a. vor, divergierende Zugangs- und Vertragsbedingungen zu Technologie- und Forschungsinfrastrukturen u.a. durch eine Zugangscharta für industrielle Nutzer zu schaffen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda_25_1351

Kommission; Öffentliche Konsultation zu den Legislativ-Vorschlägen im Rahmen des vierten Omnibusses zur Verringerung des Verwaltungsaufwands

Die Kommission hat seit dem 23.05.2025 verschiedene Konsultationen zu Richtlinien- und Verordnungsvorschlägen im Rahmen des vierten Omnibusses zur Verringerung des Verwaltungsaufwands für mittlere Unternehmen eröffnet (vgl. BaB 11/2025). Bei den Vorschlägen handelt es sich u.a. um eine Verordnung zur Änderung einer Verordnungen hinsichtlich der Pflichten der Wirtschaftsakteure im Zusammenhang mit Sorgfaltspflichten bei Batterien, um eine Richtlinie zur Änderung von Richtlinien hinsichtlich der Digitalisierung und gemeinsamer Spezifikationen, um eine Verordnung zur Änderung von Verordnungen hinsichtlich der Digitalisierung und gemeinsamer Spezifikationen, um eine Verordnung zur Änderung von Verordnungen hinsichtlich der Ausweitung bestimmter Entlastungsmaßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen, „Small- Mid-Cap“ (SMC) Unternehmen sowie weiterer Vereinfachungsmaßnahmen und um eine Richtlinie zur Änderung von Richtlinien hinsichtlich der Ausweitung bestimmter Entlastungsmaßnahmen für SMC sowie weiterer Vereinfachungsmaßnahmen. Die Rückmeldefristen enden am 29.07.2025.

[Proposal amending the Batteries Regulation \(EU\) 2023/1542 as regards battery due diligence obligations](#)

[Omnibus Directive Aligning product legislation with the digital age](#)

[Omnibus Regulation Aligning product legislation with the digital age](#)

[Burden reduction and simplification for competitiveness of small mid-cap enterprises - Omnibus Regulation](#)

[Burden reduction and simplification for competitiveness of small mid-cap enterprises - Omnibus Directive](#)

Kommission; Öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Beihilfavorschriften für bezahlbaren Wohnraum

Die Kommission hat am 05.06.2025 eine Konsultation gestartet zur Überarbeitung der Beihilfavorschriften für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI). Diese Überarbeitung soll nach Auffassung der Kommission den Mangel an erschwinglichem Wohnraum entgegenwirken. Zur Überbrückung der Investitionslücke für erschwinglichen Wohnraum bedarf es laut Kommission großer Investitionen. Ein überarbeiteter Rahmen für staatliche Beihilfemaßnahmen könnte einen Anreiz für die erforderlichen Investitionen bieten. Außerdem sollen im Rahmen der Überarbeitung bestimmte Konzepte der Vorschriften vereinfacht, aktualisiert und präzisiert werden. Die Frist für Rückmeldungen endet am 31.07.2025.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14708-Review-of-the-State-aid-rules-on-the-Services-of-General-Economic-Interest-SGEI-en>

Kommission; Einrichtung eines Überwachungssystems zur Bekämpfung von Handelsumlenkungen

Die Kommission gab am 05.06.2025 bekannt, dass sie ein neues Überwachungssystem für schädliche Handelsumlenkungen eingerichtet hat. Durch die Bereitstellung faktengestützter Informationen, die auf Zolldaten aufbauen, soll das Überwachungsinstrument laut Kommission ermöglichen, Einfuhranstiege rasch zu erkennen und damit auch frühzeitig wirksame Maßnahmen zum Schutz des EU-Marktes vor negativen Auswirkungen zu ergreifen. Die Kommission fordert Hersteller, Industrieverbände und Mitgliedstaaten auf, die auf der Tool-Website verfügbaren Einfuhrtrends auch zu überprüfen und weitere Marktinformationen und Daten zur wirtschaftlichen Lage bereitzustellen. Dies soll die Kommission dabei unterstützen, bestimmte Erzeugnisse zu ermitteln, die aufgrund erheblicher Einfuhrsteigerungen gefährdet sein könnten.

https://policy.trade.ec.europa.eu/enforcement-and-protection/trade-defence/monitoring-trade-diversion_en

V e r k e h r

Kommission; Öffentliche Konsultation zu Richtlinienänderungsvorschlägen zur Verkehrs- und Betriebssicherheit von Fahrzeugen

Die Kommission hat am 23.05.2025 eine Konsultation zu ihrem Richtlinienvorschlag zur Änderung zweier Richtlinien aus dem Verkehrs- und Betriebssicherheitspaket von 2014 eröffnet. Ziel des Vorschlags sei es, die Straßenverkehrssicherheit in der EU weiter zu verbessern, zu einer nachhaltigen Mobilität beizutragen und den freien Personen- und Warenverkehr in der EU zu erleichtern. Er solle auch dazu beitragen, das Ziel von 50% weniger Toten und Schwerverletzten im Straßenverkehr bis 2030 zu erreichen. Die Rückmeldefrist endet am 28.07.2025.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13132-Fahrzeugsicherheit-Uberarbeitung-des-EU-Pakets-zur-technischen-Uberwachung_de

E n e r g i e

Kommission; Erlass von vier sekundären Rechtsakten und einer Mitteilung zur Netto-Null-Technologien Verordnung

Am 23.05.2025 hat die Kommission drei Durchführungsrechtsakte und einen delegierten Rechtsakt erlassen sowie eine Mitteilung gemäß der Netto-Null-Technologien Verordnung veröffentlicht. Damit soll der europäischen Industrie laut Kommission geholfen werden, widerstandsfähiger, wettbewerbsfähiger und klimafreundlicher zu werden. Die Kommission unternimmt damit weitere Schritte zum Übergang der EU zu einer CO₂ ärmeren Wirtschaft. Die Kommission legt mit den sekundären Rechtsakten u.a. die Eignungs- und Zuschlagskriterien für Ausschreibungen zur Förderung von Energie aus erneuerbaren Quellen fest.

https://single-market-economy.ec.europa.eu/publications/net-zero-industry-act-secondary-legislation_en

Kommission; Bewertung der nationalen Energie- und Klimapläne

Am 27.05.2025 hat die Kommission eine Bewertung der nationalen Energie- und Klimapläne sowie Leitlinien zur Erleichterung der Umsetzung vorgelegt. Aus der

Bewertung der Pläne geht laut Kommission hervor, dass die Mitgliedstaaten im Anschluss an die Empfehlungen der Kommission insgesamt erhebliche Verbesserungen gegenüber ihren Entwurfsplänen vorgelegt haben. Gemeinsam kommt die EU laut Kommission dem im Rahmen des Europäischen Klimagesetzes festgelegten Ziel einer Verringerung der Nettotreibhausgasemissionen um 55% für 2030 gegenüber dem Stand von 1990 näher, wobei in einzelnen Sektoren, wie z.B. Gebäude, Landwirtschaft, Kleinindustrie und Abfall laut Kommission noch Ziellücken beständen. DEU erfüllt laut Kommission die Anforderungen bisher nur teilweise und wurde aufgefordert eine rechtzeitige und vollständige Umsetzung sicherzustellen. BEL, EST und POL, deren Pläne noch nicht vorliegen, wurden aufgefordert diese unverzüglich einzureichen.

https://commission.europa.eu/document/download/97168210-2a5c-4d1a-9ed8-6a063e011537_en?filename=COM_2025_274_1_EN_ACT_part1_v6.pdf

Kommission; Entscheidung über strategische Projekte zu Rohstoffprojekten in Drittländern

Am 04.06.2025 hat die Kommission entschieden, 13 Rohstoffprojekte in Drittstaaten wie u.a. Kanada, Kasachstan oder Brasilien als strategische Projekte i.S.d. Artikel 6 f. der Verordnung zur Schaffung eines Rahmens zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen anzuerkennen. Damit soll laut Kommission der Zugang zu wichtigen Rohstoffen wie Lithium, Nickel und Kobalt gesichert werden. Ziel sei es, die Abhängigkeiten von einzelnen Ländern zu verringern und gleichzeitig die lokale Wertschöpfung in den Partnerländern zu fördern. Die Projekte ergänzen die bereits am 25.03.2025 anerkannten 47 Projekte innerhalb der EU.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/strategische-projekte-drittländern-eu-sichert-sich-zugang-zu-rohstoffen-und-fordert-die-lokale-2025-06-04-0_de

Digital

Kommission; Neue internationale Digitalstrategie

Die Kommission hat am 05.06.2025 zusammen mit der Hohen Vertreterin Kaja Kallas die neue internationale Strategie im Bereich Digitales veröffentlicht. Das Ziel sei es, die EU als einen stabilen und zuverlässigen Partner in der aktuellen komplexen geopolitischen Lage zu etablieren. Mit dieser Strategie soll ebenfalls die Wettbewerbsfähigkeit von Schlüsseltechnologien, wie z.B. künstlicher Intelligenz, ausgebaut werden. Außerdem soll ein EU-Tech-Business-Angebot aufgebaut, die globale digitale Ordnung im Einklang mit den Grundwerten der EU gestärkt und vor allem das Netzwerk an digitalen Partnerschaften verstärkt sowie ausgeweitet werden. Bei der Zusammenarbeit mit anderen Ländern sollen laut Kommission die Bereiche digitale Infrastruktur, Neue Technologien, Digitale Governance, Cybersicherheit, Digitale Identitäten sowie Online-Plattformen fokussiert werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_1370

Kommission; Konsultation zum Entwurf einer Methodik für die Kartierung der Dienstqualität von 5G in Europa

Am 28.05.2025 veröffentlichte die Kommission eine Konsultation zum Thema „Dienstqualität von 5G in Europa“. Die Kommission bittet in diesem Rahmen um eine Rückmeldung zu ihrem Entwurf einer Methodik für die Kartierung der Dienstqualität von 5G in Europa. Es handelt sich bei der Methode laut Kommission um eine Möglichkeit, die geschätzte und gemessene Dienstqualität von 5G vergleichbar zu

machen, unabhängig von Ländern und Betreibern. Die Konsultation läuft bis zum 27.06.2025.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/news/commission-seeks-feedback-draft-methodology-mapping-quality-service-5g-europe>

F o r s c h u n g

Rat; Forschung; Horizont Europa; FP10; Forschungsraum

Am 23.05.2025 hat der Rat für Wettbewerbsfähigkeit in der Formation Forschung in ordentlicher Sitzung unter polnischem Vorsitz getagt. Die Minister erörterten laut Rat die Halbzeitüberprüfung von Horizont Europa, dem Forschungsrahmenprogramm der EU. Die Diskussion konzentrierte sich laut Rat auf die gewonnenen Erkenntnisse und die Prioritäten für das künftige Programm (FP10) ab 2028. Der polnische Ratsvorsitz resümierte, dass die Forschenden in der EU erwarten, dass das künftige Programm ab 2028 (FP10) bahnbrechendes Wissen hervorbringt, das Wirtschaftswachstum ankurbelt, technologischen Fortschritt ermöglicht und globale Herausforderungen angeht. Die Minister erzielten in dem Kontext auch eine politische Einigung über die Empfehlung des Rates zur politischen Agenda für die Weiterentwicklung des Europäischen Forschungsraums (EFR) 2025-2027. Die Empfehlung enthält laut Rat einen Fahrplan für elf strukturpolitische Maßnahmen des EFR und acht EFR-Aktionen, mit denen die Bemühungen um Fortschritte in Forschung und Innovation koordiniert werden. Die Teilnahme ist für die Mitgliedstaaten freiwillig. Zu den Prioritäten der Agenda zählt laut Rat u.a. die Stärkung von Exzellenz, das Vorantreiben von Reformen im Forschungsbereich und die Unterstützung der grünen und digitalen Transformation in der EU.

<https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/compet/2025/05/23/>

Kommission; Forschungsrat; ERC; Änderungen und neue Angebote in der Förderung

Am 02.06.2025 hat der Europäische Forschungsrat (ERC), eine Agentur der EU, über die gleichnamigen Förderungen (Grants) und bevorstehende Änderungen im ERC informiert. Der ERC gab bekannt: ab Juli 2025 sollen mehrere Änderungen für die Einreichung von Anträgen und die Bewertung von Vorschlägen gelten. Forschende, die derzeit außerhalb Europas ansässig sind und einen sog. Starting, Consolidator oder Advanced Grant beantragen, können bis zu 2 Mio. EUR an zusätzlichen Mitteln beantragen, um die Verlegung ihres Labors oder Teams in die EU zu erleichtern. Antragsteller, die bereits in einem EU-Mitgliedstaat oder einem assoziierten Land ansässig sind, können weiterhin bis zu 1 Mio. EUR beantragen. Antragsteller, die Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt oder einer anderen Art von Gewalt ausgesetzt waren, können eine Verlängerung des Zeitraums nach ihrer Promotion erhalten, die es ihnen ermöglicht, sich für Starting und Consolidator Grants zu bewerben.

<https://erc.europa.eu/news-events/news/changes-2026-and-2027-work-programmes>

Rat; Forschungsrat; Strategie für KI-Nutzung in der Wissenschaft

Am 23.05.2025 hat der Rat für Wettbewerbsfähigkeit in der Formation Forschung in ordentlicher Sitzung Schlussfolgerungen zum Thema KI-Nutzung in der Wissenschaft verabschiedet. Die Schlussfolgerungen mit dem Titel „Auf dem Weg zur EU-Strategie zu künstlicher Intelligenz in der Wissenschaft“ thematisieren laut Rat die Notwendigkeit einer globalen, vernetzten Strategie, um die Nutzung von KI in der Wissenschaft zu fördern und dabei Standards bezüglich der ethischen, nachhaltigen und humanen

Ausrichtung zu wahren. Der Rat plädiert u.a. dafür, die Herausforderungen und Gefahren der KI-Nutzung nicht außer Acht zu lassen. Gefordert wird ein Monitoring der Effekte von KI-Nutzung, entschiedene Bekämpfung böswilliger Nutzung, sowie Leitfäden und Regulierungen, die mit der rasanten Entwicklung Schritt halten, um Integrität, Transparenz, Sicherheit und Training von KI mit zuverlässigen Daten zu gewährleisten. Speziell für die Wissenschaft entwickelte KI, die ethisch und urheberrechtskonform sei, sei notwendig.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9292-2025-INIT/de/pdf>

Finanzen

Kommission; Jahreshaushalt 2026 zur Finanzierung der EU-Prioritäten

Am 04.06.2025 hat die Kommission einen Entwurf des EU-Jahreshaushaltsplans für 2026 vorgelegt. Sie baut laut Kommission auf der Halbzeitüberprüfung des langfristigen EU-Haushalts (2021-2027) auf, mit der eine Reihe jüngster, unvorhergesehener Entwicklungen angegangen wurde, darunter eine globale Pandemie, eine Energiekrise und wachsende geopolitische Spannungen. Im Einklang damit werden mit dem Jahreshaushalt 2026 laut Kommission EU-Prioritäten wie Unterstützung für die Ukraine, Wettbewerbsfähigkeit, Migrationssteuerung, Sicherheit und Verteidigung und strategische Investitionen sowie die kontinuierliche Unterstützung des ökologischen und digitalen Wandels unterstützt. Der Entwurf des Haushaltsplans 2026 beläuft sich laut Kommission auf rund 193 Mrd. EUR, ergänzt durch rund 105 Mrd. EUR im Rahmen von NextGenerationEU. Neben der Finanzierung der strategischen Prioritäten der EU sieht der Entwurf des Haushaltsplans zusätzliche Mittel im Rahmen des Vorschlags für die Halbzeitüberprüfung der Kohäsionspolitik vor, mit dem die EU-Länder laut Kommission ermutigt werden sollen, die Kohäsionsmittel auf neue Prioritäten wie Wettbewerbsfähigkeit, Verteidigung, erschwinglichen Wohnraum, Wasserresilienz und Energiewende umzuprogrammieren.

https://commission.europa.eu/news/2026-annual-budget-fund-eu-priorities-addressing-global-challenges-2025-06-04_en

Kommission; Frühjahrspaket des Europäischen Semesters

Am 04.06.2025 hat die Kommission länderspezifische Empfehlungen veröffentlicht – auch für Deutschland. Das Frühjahrspaket 2025 des Europäischen Semesters analysiert laut Kommission die wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen in der gesamten EU und bietet den Mitgliedstaaten politische Leitlinien zur Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und Resilienz. Auf Basis detaillierter Länderberichte hat die Kommission länderspezifische Empfehlungen erarbeitet. Die Empfehlungen für Deutschland betreffen laut Kommission unter anderem die Verteidigungsausgaben, das Rentensystem, die Umsetzung des Wiederaufbau- und Resilienzplans, die Digitalisierung, den Ausbau erneuerbarer Energien, die Bildung und den Fachkräftemangel. Das vorgelegte Paket enthält laut Kommission auch die erste Bewertung der Fortschritte der Mitgliedstaaten im Rahmen des überarbeiteten Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung und ihrer strukturellen haushaltspolitischen Pläne.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/fruhjahrspaket-des-europaischen-semesters-eu-kommission-gibt-landerspezifische-empfehlungen-auch-fur-2025-06-04-0_de?prefLang=en&etrans=en

Rat; Aufnahme der interinstitutionellen Verhandlungen zum Arzneimittelpaket

Am 04.06.2025 hat der Rat seinen Standpunkt zur Überarbeitung der geltenden Arzneimittelvorschriften festgelegt. Die Überarbeitung des Arzneimittelpakets hat laut Rat zum Ziel, die Arzneimittelzugänglichkeit für Patientinnen und Patienten zu erleichtern sowie die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrie zu erhalten. Der SANT-Ausschuss des EP stimmte am 03.06.2025 für die Aufnahme der Verhandlungen. Teil der umfassenden Überarbeitung ist ein Vorschlag einer Richtlinie des EU-Parlaments und Rates über den Unionskodex für Humanarzneimittel sowie ein Vorschlag für eine Verordnung des EU-Parlaments und des Rates zur Festlegung von Unionsverfahren für die Genehmigung und Überwachung von Humanarzneimitteln und zur Festlegung von Vorschriften für die Europäische Arzneimittel-Agentur.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9286-2025-INIT/en/pdf>

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9285-2025-INIT/en/pdf>

Landwirtschaft und Umwelt

Kommission; Ozeanpakt angenommen

Die Kommission hat am 05.06.2025 die Mitteilung „Der Europäische Ozeanpakt“ angenommen. Damit will sie laut eigenem Bekunden zum besseren Schutz der Meere, zur Förderung einer florierenden blauen Wirtschaft und zur Unterstützung des Wohlergehens der Menschen in Küstengebieten beitragen. Auch thematisiert die neue Ozeanstrategie laut Kommission die Bedrohungen und Risiken, denen die Meere, aber auch die Küstengemeinden und Inseln, vor allem in extremer Randlage, ausgesetzt sind. Die sechs Prioritäten der Strategie beziehen sich auf den Schutz und Wiederherstellung der Gesundheit der Ozeane, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der nachhaltigen blauen Wirtschaft der EU, die Unterstützung von Küsten- und Inselgemeinden und Regionen in äußerster Randlage, die Förderung von Meeresforschung, Wissen, Fähigkeiten und Innovation, die Verbesserung der maritimen Sicherheit und Verteidigung und die Stärkung der EU-Ozeandiplomatie und der internationalen Meerespolitik. Zu den von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen gehören u.a. ein EU-Ozeanbotschafter-Netzwerk für Jugendliche, um junge Menschen in der EU und weltweit für die Nachhaltigkeit der Ozeane zu gewinnen. Auch sollen die Zusammenarbeit zwischen der Küstenwache und der Marine der EU sowie die Sicherheit an den Seegrenzen gestärkt werden.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=COM:2025:281:FIN>

EuGH; Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-359/24 | Kommission / GRI

Der Gerichtshof hat mit seinem Urteil vom 05.06.2025 in der Rechtssache C-359/24 (Aktualisierung der Bewirtschaftungspläne für die Einzugsgebiete und der Hochwasserrisikomanagementpläne) GRI erstmals dafür verurteilt, dass es die Pläne für das Hochwasserrisikomanagement für 14 Einzugsgebiete nicht aktualisiert hat. Diese Aktualisierung ist in der Richtlinie zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik vom 23.10.2000 vorgesehen. Ferner sind die Mitgliedstaaten (MS) verpflichtet, der Kommission und den anderen betroffenen MS Kopien der Bewirtschaftungspläne und aller Aktualisierungen innerhalb von drei Monaten nach deren Veröffentlichung zu übermitteln. Nach der Richtlinie über die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken vom 23.10.2007 sind die MS gehalten, die Risiken zu bewerten und Hochwassergefahrenkarten und Risikomanagementpläne zu erstellen. Die

Überprüfung der Hochwasserrisikomanagementpläne findet alle sechs Jahre statt. Die Kommission hatte am 17.05.2024 Klage erhoben, weil GRI aus ihrer Sicht die Fristen für die Überprüfung und die Aktualisierung der Bewirtschaftungspläne für seine 14 Einzugsgebiete sowie der Pläne für das Hochwasserrisikomanagement für diese Gebiete nicht eingehalten hatte.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-359/24>

Kommission; Strategie zur Wasserresilienz vorgelegt

Die Kommission hat am 04.06.2025 eine Wasserresilienzstrategie angenommen. Dringender Handlungsbedarf bestehe, da Wasser als lebenswichtige Ressource endlich und bereits 30% der europäischen Landfläche jedes Jahr von Wasserknappheit betroffen seien. Zudem hätten Überschwemmungen zwischen 1980 und 2023 Schäden in Höhe von 325 Mrd. Euro verursacht. Die Mitgliedstaaten (MS) sollen die Umsetzung der EU-Vorschriften wie z.B. die Wasserrahmenrichtlinie beschleunigen. Strukturierte Dialoge mit den MS und ein regelmäßiger Austausch mit Regionen, Städten und Wasserbehörden sollen dabei helfen. Um die jährliche Investitionslücke von rund 23 Mrd. EUR zu schließen, sollen zusätzliche öffentliche und private Investitionen mobilisiert und die verfügbaren kohäsionspolitischen Mittel für Wasser aufgestockt werden. Die Kommission will außerdem einen EU-weiten Aktionsplan zur Digitalisierung im Wassersektor entwickeln. Intelligente digitale Zähler sollen die Lecksuche und Satellitendaten die Vorhersage verbessern. Zudem soll der Zugang zu und die Nutzung von wasserbezogenen Satellitendaten von Copernicus erleichtert werden.

https://environment.ec.europa.eu/publications/european-water-resilience-strategy_en

Rat; geänderte Verordnung über CO₂-Normen für neue Pkw und leichte Nutzfahrzeuge angenommen

Der Rat Allgemeine Angelegenheiten hat auf seiner Sitzung am 27.05.2025 die Änderung der Verordnung über CO₂-Normen für neue Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge angenommen. Damit soll den Automobilherstellern die zur Erfüllung ihrer Emissionsziele für 2025 erforderliche Flexibilität gewährt werden, indem die Einhaltung der spezifischen Emissionsziele für die Jahre 2025, 2026 und 2027 nicht mehr jährlich, sondern auf der Grundlage des durchschnittlichen Emissionsverhaltens jedes Herstellers während dieser drei Jahre bewertet werden soll. Die gezielte Änderung der Verordnung über CO₂-Normen ist Teil des am 05.03.2025 von der Kommission angenommenen Aktionsplans für die europäische Automobilindustrie. Am 20. Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU wird die betreffende Verordnung in Kraft treten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/05/27/co2-emissions-in-cars-council-gives-final-approval-to-additional-flexibility-for-carmakers/>

Kommission; Zusätzliche Unterstützung aus der Agrarreserve

Wie die Kommission am 22.05.2025 mitteilte, haben die Mitgliedstaaten zugestimmt, dass DEU, CZE und SLO mit zusätzlichen Mitteln aus der Agrarreserve unterstützt werden. CZE und SLO waren in jüngster Vergangenheit von widrigen Wetterereignissen wie Regenfällen, Starkwind und Überschwemmungen, DEU vom Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Brandenburg heimgesucht worden. Insgesamt sollen laut Kommission 15 Mio. EUR bereitgestellt werden, um Landwirtinnen und Landwirte in den betroffenen Ländern zu helfen, die durch die eingetretenen Ereignisse Verluste erlitten haben. Die Kommission schlug vor, CZE 7,4 Mio. EUR, SLO 2,9 Mio. EUR und DEU 4,8 Mio. EUR zuzuweisen. Die nationalen Behörden müssen laut Kommission die Beihilfe in CZE und SLO bis zum 31.12.2025

und in DEU bis zum 30.11.2025 auszahlen und dabei sicherstellen, dass die Landwirtinnen und Landwirte die Endempfänger sind.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_1307

J u s t i z

EuGH; Schlussanträge zum Recht auf rechtliches Gehör

Generalanwältin Tamara Čapeta hat am 05.06.2025 ihre Schlussanträge in der Rechtssache C811-/23 P vorgelegt. Hierin schlägt sie dem EuGH vor, den fünften Klagegrund als unbegründet zu erklären und die Sache zur Entscheidung über die vier anderen Klagegründe an das Gericht zurückzuverweisen. In Bezug auf den fünften Klagegrund ist die Generalanwältin der Auffassung, dass das Recht auf rechtliches Gehör, wie es in Artikel 41 Absatz 2 Buchstabe a der Grundrechte Charta der EU zum Ausdruck kommt, im vorliegenden Fall nicht anwendbar sei. Das Recht auf rechtliches Gehör gelte nur in Verfahren, in dem die Verwaltung eine individuelle Maßnahme in Bezug auf eine Person trifft. Das bedeutet bei einem Rechtsakt mit allgemeiner Geltung, wie im streitigen Fall, könne es nicht gelten. Selbst wenn es ein solches Recht außerhalb der Grundrechte Charta der EU gebe, wäre das durch die Einholung von Informationen in einem Vorverfahren im vorliegenden Fall gewährleistet worden.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=300979&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=2409249>

EuGH; Schlussanträge zur Vereinbarkeit eines HUN Gesetzes zur Beschränkung des Zugangs zu LGBTI-Inhalten mit Unionsrecht

Am 05.06.2025 legte Generalanwältin Capeta ihre Schlussanträge in der Rechtssache C-769/22 (Kommission/HUN) vor. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass HUN mit einem Gesetzespaket aus dem Jahr 2021 auf drei Ebenen gegen Unionsrecht verstoßen habe. HUN führte damit Verbote und Beschränkungen für unter 18-Jährige ein hinsichtlich des Zugangs zu Inhalten, die „eine Abweichung von der dem Geschlecht bei der Geburt entsprechenden Identität, Geschlechtsumwandlung oder Homosexualität“ darstellen oder fördern (LGBTI-Inhalte). Generalanwältin Capeta schlägt dem EuGH vor, zu entscheiden, dass die von der Kommission erhobene Vertragsverletzungsklage in allen Punkten begründet ist. Das HUN Gesetz verstoße gegen die Dienstleistungsfreiheit und die EU-Grundrechte-Charta, hier insbesondere gegen das Diskriminierungsverbot wegen des Geschlechts oder der sexuellen Ausrichtung, die Achtung des Privat- und Familienlebens, die Meinungs- und Informationsfreiheit sowie das Recht auf Menschenwürde. Die Generalanwältin ist wie die Kommission der Meinung, der EuGH solle zudem einen eigenständigen Verstoß gegen die grundlegenden Werte der EU nach Art. 2 EUV feststellen. Indem HUN die Gleichheit von LGBTI-Personen in Frage stelle, vertrete es nicht lediglich eine unterschiedliche Ansicht über den Inhalt der Werte der EU, sondern habe mehrere dieser grundlegenden Werte negiert und sich damit erheblich vom Modell einer verfassungsmäßigen Demokratie im Sinne von Art. 2 EUV entfernt.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=300973&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=5606045>

Kommission; Sondierung zur Vorratsdatenspeicherung

Die Kommission hat eine Sondierung zu einer möglichen EU-Regelung zur Vorratsdatenspeicherung gestartet. Die Initiative zielt laut Kommission darauf ab, eine wirksame Strafverfolgung zu gewährleisten, indem Strafverfolgungsbehörden der benötigte Zugriff auf bestimmte „Nichtinhaltsdaten“ von Kommunikationsanbietern gewährt wird. Es besteht bis zum 18.06.2025 die Möglichkeit der Beteiligung.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14680-Impact-assessment-on-retention-of-data-by-service-providers-for-criminal-proceedings- de>

Kommission; Konsultation zur Überarbeitung des Konzepts des sicheren Drittstaates

Die Kommission hat eine Konsultation zu einem Verordnungsvorschlag hinsichtlich der Anwendung des Konzepts des sicheren Drittstaates gestartet. Die Initiative zielt laut Kommission darauf ab, die Anwendung des Konzeptes des sicheren Drittstaates zu erleichtern. Es besteht bis zum 31.07.2025 die Möglichkeit der Beteiligung.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14703-Amendment-of-APR-on-STC-%2B-SWD de>

Kommission; Vorbereitung auf die Waldbrandsaison 2025

Wie die Kommission am 26.05.2025 bekannt gab, hat die EU Teams von Feuerwehrleuten und Flugzeugen zusammengestellt, um dem erhöhten Waldbrandrisiko im Sommer in den europäischen Ländern Rechnung zu tragen. Im Juli und August sollen zur Unterstützung der lokalen Feuerwehren fast 650 Feuerwehrleute aus 14 europäischen Ländern in FRA, GRI, PTL und ESP stationiert werden. Darüber hinaus sollen 22 Löschflugzeuge und 4 Hubschrauber in 10 Mitgliedstaaten stationiert werden, um im Bedarfsfall eingreifen zu können. Koordiniert und kofinanziert werden die genannten Ressourcen laut Kommission über das EU-Katastrophenschutzverfahren.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_1328

Rat; Schlussfolgerungen zur Stärkung der demokratischen Resilienz der EU

Im Rahmen des Rates für Allgemeine Angelegenheiten am 27.05.2025 verabschiedete der POL-Ratsvorsitz mit Unterstützung von 24 Mitgliedstaaten Schlussfolgerungen zur Stärkung der demokratischen Resilienz der EU. In den Schlussfolgerungen wird die gemeinsame Verantwortung für den Schutz der Demokratie betont. Angesichts geopolitischer Herausforderungen wie Desinformation und ausländischer Einflussnahme wird die Notwendigkeit hervorgehoben, Maßnahmen wie die Förderung unabhängiger Medien, die Sicherung freier Wahlen und die Stärkung der Zivilgesellschaft zu ergreifen. Der Rat ruft die Kommission zudem dazu auf, bestehende Instrumente wie den Digital Services Act und den AI Act wirksam zu nutzen, um demokratische Prozesse und Institutionen zu verteidigen. HUN und SLK stimmten den Schlussfolgerungen nicht zu.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/05/27/presidency-conclusions-on-strengthening-eu-democratic-resilience/>

Frontex; Unterstützung der freiwilligen Rückkehr nach Syrien

Wie die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) am 28.05.2025 bekannt gab, hat sie seit März 2025 in mehr als 1.000 Fällen die freiwillige Rückkehr von syrischen Staatsangehörigen aus 14 Mitgliedstaaten in ihre Heimat unterstützt. In diesem Zusammenhang betont Frontex ihre stetig zunehmende Rolle

als Rückführungspartner der Mitgliedstaaten, wobei die Zahl und der geografische Umfang der freiwilligen Rückführungen ständig zunehmen und inzwischen mehr als die Hälfte aller von der Agentur unterstützten Rückführungen ausmachen.

<https://www.frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/frontex-supports-over-1000-voluntary-returns-to-syria-ljpaXV?etrans=de>

Rat; EU-USA-Treffen in Warschau zu Justiz und Innerem

Am 02./03.06.2025 trafen sich Vertreter der EU und USA in Warschau um sich zu Themen der Justiz und des Inneren auszutauschen. Die EU wurde durch den Kommissar für Inneres und Migration, Magnus Brunner, und den Kommissar für Demokratie, Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Verbraucherschutz, Michael McGrath, sowie durch den polnischen Minister für Inneres und Verwaltung, Tomasz Siemoniak, und den polnischen Justizminister Adam Bodnar vertreten. Beide Seiten erörterten laut Rat die jüngsten gemeinsamen Errungenschaften und legten konkrete gemeinsame Prioritäten fest, insbesondere in den Bereichen der Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität und des Drogenhandels, der Terrorismusbekämpfung, der illegalen Migration und der Cyberkriminalität. Zudem bekräftigten beide Seiten laut Rat ihr Engagement für den visafreien transatlantischen Reiseverkehr für alle Bürger in der EU und den USA.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/06/03/joint-press-release-following-the-eu-us-ministerial-on-justice-and-home-affairs-2-3-june-2025-warsaw-poland/>

Kommission; Vorschlag zur Verlängerung des Schutzstatus für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine

Die Kommission hat am 04.06.2025 vorgeschlagen, den Schutzstatus für Menschen, die vor der russischen Aggression gegen die Ukraine fliehen, um ein weiteres Jahr bis zum 04.03.2027 zu verlängern. Gleichzeitig empfiehlt die Kommission den Mitgliedstaaten, sich im Wege einer Empfehlung des Rates auf einen koordinierten Übergang aus dem vorübergehenden Schutz vorzubereiten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_1391

Frontex; Veröffentlichung der jährlichen Risikoanalyse für 2025–2026

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) hat am 03.06.2025 ihre jährliche Risikoanalyse für 2025–2026 veröffentlicht, die einen umfassenden Überblick über die Herausforderungen und Belastungen an den Außengrenzen der EU geben soll. Mit Blick auf die Luftgrenze weist Frontex hierin u.a. auf die wachsenden Herausforderungen im Zusammenhang mit gefälschten Dokumenten und Visamissbrauch hin.

<https://www.frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/frontex-releases-annual-risk-analysis-2025-2026-xq0c2u>

EUDA; Europäischer Drogenbericht 2025 veröffentlicht

Die Drogenagentur der EU (EUDA) hat am 05.06.2025 den Drogenbericht 2025 veröffentlicht. Der Bericht enthält die neueste Analyse der EUDA zur Drogensituation in Europa. Der Bericht konzentriert sich auf den illegalen Drogenkonsum und das Drogenangebot und enthält umfassende nationale Daten zu diesen Themen. Laut Bericht ist die Verfügbarkeit illegaler Drogen aller Art in der EU weiterhin hoch. Der Bericht enthält u.a. einen Überblick über dieses Drogenangebot auf der Grundlage der neuesten Daten, ergänzt durch die aktuellen zeitlichen Trends bei Drogenbeschlagnahmungen und Drogendelikten sowie Daten für 2023 zur Drogenproduktion und zu Beschlagnahmungen von Drogenausgangsstoffen.

Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

12./13.06.2025	Rat Justiz und Inneres
15./16./17.06.2025	Agrarrat (informelle Tagung)
16.06.2025	Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie
17.06.2025	Umweltrat
19.06.2025	Eurogruppe
19./20.06.2025	Rat Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz
20.06.2025	Rat Wirtschaft und Finanzen

Europäische Kommission

17.06.2025 (Straßburg)	Jährlicher Verwaltungs- und Leistungsbericht 2024 für den EU-Haushalt Fünfter Omnibus zum Thema Verteidigung Überprüfung des Verbriefungsrahmens (Securitization)
---------------------------	---

Europäisches Parlament

Plenarsitzung in Straßburg vom 16.-19.06.2025

- Deal für eine saubere Industrie - Anfrage zur mündlichen Beantwortung
- Stärkung der ländlichen Gebiete in der EU durch die Kohäsionspolitik
- Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern sowie Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2004/68/JI des Rates (Neufassung)
- Änderungen an der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments zur Umsetzung der

Vereinbarung über die Einrichtung eines Ethikgremiums

- Änderungen der Geschäftsordnung des Parlaments hinsichtlich der Erklärung zu Beiträgen (Anlage I Artikel 8 der Geschäftsordnung)
- Wahlrecht mobiler Unionsbürger bei den Wahlen zum Europäischen Parlament
- Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine zur Änderung des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Ukraine über die Beförderung von Gütern im Straßenverkehr vom 29. Juni 2022
- Kündigung des Freiwilligen Partnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Kamerun über Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor sowie über die Einfuhr von Holzprodukten in die Europäische Union
- Stromnetze als Rückgrat des Energiesystems der EU
- Entwicklungsfinanzierung – Ausblick auf die vierte internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Sevilla
- Umsetzungsbericht über die Aufbau- und Resilienzfähigkeit
- Fragestunde mit Anfragen an die Kommission
- Aussprache über außenpolitische Fragen in Anwesenheit der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik
- Berichte 2023 und 2024 der Kommission über Montenegro
- Berichte 2023 und 2024 der Kommission über die Republik Moldau
- Russlands Krieg gegen die Ukraine und seine Tragweite für die Menschen – die dramatische Lage der illegal inhaftierten ukrainischen Zivilisten und Kriegsgefangenen - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates vom 26. bis 27. Juni 2025 - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Ansprache Seiner Majestät König Abdullah II., König des Haschemitischen Königreichs Jordanien
- Annahme der Übereinkunft über die Auslegung und Anwendung des Vertrags über die Energiecharta durch die Union
- Bericht der Kommission über die Rechtsstaatlichkeit 2024
- Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Artikel 150 GO)
- Zwei Jahre nach dem verheerenden Zugunglück von Tempi - Erklärung der Kommission

- Beitritt des Vereinigten Königreichs zu dem Übereinkommen vom 2. Juli 2019 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen - Anfrage zur mündlichen Beantwortung

Ausschuss der Regionen

- 17.06.2025 COTER-Fachkommissionssitzung
EU-Strategie zur Bekämpfung der Armut (Abstimmung)
Stärkung der Rechte der Frauen in der EU: Eine lokale und regionale Perspektive (Abstimmung)
Strategie für eine Union der Kompetenzen
- 19.06.2025 ECON-Fachkommissionssitzung
Europäische Verteidigung Bereitschaft 2030 (Abstimmung)

Europäischer Gerichtshof

- 10.06.2025
Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-298/23 Inter IKEA Systems – Verwendung der Marke IKEA für politische Kampagne (BEL)
- 11.06.2025
Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-471/24 PKO BP (Kritischer Referenzwert) - Missbräuchliche Klauseln: Hypothekenkreditvertrag mit variablem Zinssatz (POL)
- 11.06.2025
Urteile des Gerichts in den Rechtssachen T 681/22 Spanien / Kommission und T 781/22 Madre Querida u.a. / Kommission – Tiefseefischerei im Nordostatlantik
- 11.06.2025
Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in den Rechtssachen T-55/24 Meta Platforms Ireland / Kommission und T-58/24 Tiktok Technology / Kommission – Aufsichtsgebühren für sehr große Online-Plattformen im Sinne des DSA
- 12.06.2025
Urteil des Gerichtshofs in der Rechtsmittelsache C-415/23 P OHB System / Kommission – Beschaffung von Galileo-Übergangssatelliten
- 12.06.2025
Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-629/23 Eesti Suurkiskjad – Wolfsjagd in Estland (EST)
- 12.06.2025
Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-679/23 P WS u. a. / Frontex (Gemeinsame Rückführungsaktion) – Schadensersatzklage gegen Frontex wegen Rückführungsaktion

12.06.2025

Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-738/22 P Google und Alphabet / Kommission – Google Android

12.06.2025

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-77/24 Wunner – Rückforderung von Glücksspieleinsätzen: Anwendbares Recht (AUT)

12.06.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-367/23 Amazon EU / Kommission – Benennung des Amazon Store als sehr große Online-Plattform im Sinne des DAS

17.06.2025

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C 590/23 Pelham (Begriff Pastiche) – Sampling (elektronisches Kopieren von Audiofragmenten) (DEU)

18.06.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C 458/24 Daraa – Zuständigkeit für die Prüfung von Asylanträgen (DEU)

19.06.2025

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 200/24 Kommission / Polen (Werbung für Apotheken) – Werbeverbot für Apotheken in Polen

19.06.2025

Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C 338/24 Sanofi Pasteur – Haftung für angebliche Impfschäden (FRA)

19.06.2025

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C 45/24 Verein für Konsumenteninformation (Vermittlungsgebühr) – Flugannullierung: Ist beim Ticketkauf erhobene Vermittlungsgebühr zu erstatten? (AUT)

19.06.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C 198/24 Mr. Green - Rückforderung von Glücksspielverlusten (AUT)

19.06.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-446/24 Freie Hansestadt Bremen - Unbefristetes Einreise- und Aufenthaltsverbot wegen Terrorverdachts (DEU)

19.06.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T 315/24 Landeshauptstadt München / EUIPO - Potter Clarkson (Oktoberfest) – Markenstreit um Oktoberfest

19.06.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in den verbundenen Rechtssachen T 620/23 bis T 1023/23 Barón Crespo u.a. / Parlament sowie in den Rechtssachen T 1133/23

UG /, T 36/24 CC / und T 483/24 FE /Parlament – Zusätzliches freiwilliges Altersversorgungssystem der Europaabgeordneten

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 20.06.2025.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RENEW
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	LINKE
Fraktionslos	FL
Patrioten für Europa	PfE
Europa der souveränen Nationen	ESN
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR

